



Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PROMNY ZUR SCHULPOLITIK IN DER CORONA-KRISE

27.04.2020

- **Schulportal nimmt laut Website keine Anträge an**
- **„Kennt der Kultusminister die Realität?“**
- **Landesregierung wird von Versäumnissen eingeholt**

WIESBADEN – „Wir müssen leider draußen bleiben - das scheint trotz der vielversprechenden Ankündigung von Kultusminister Alexander Lorz für viele Schulen zu gelten, die ans Schulportal angeschlossen werden wollen“, kritisiert Moritz PROMNY, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. „Denn während der Minister in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gerade noch in Aussicht gestellt hat, dass alle hessischen Schulen bis zum Sommer mit der Lern- und Austauschplattform arbeiten können, spricht die Website des Schulportals eine andere Sprache.“ Dort hieß es nämlich noch am Montagmittag, dass vom 20. April an keine weiteren Registrierungsanträge von Schulen mehr bearbeitet würden. „Da fragt man sich, ob der Minister die Realität überhaupt kennt“, sagt Promny.

„Wir Freie Demokraten haben immer wieder auf die Bedeutung der Digitalisierung der Schulen im Allgemeinen und des Schulportals im Besonderen hingewiesen. Jetzt in der Corona-Krise wird jedem klar, dass wir mit der Umsetzung viel zu spät dran sind“, erklärt Promny. Auch der Lehrkräftemangel werde nun in der Krise besonders deutlich - nämlich dann, wenn es darum gehe, genug Lehrerinnen und Lehrer zu finden, die nicht zur Risiko-Gruppe gehören. „Die Landesregierung wird jetzt von ihren eigenen Versäumnissen eingeholt“, kritisiert der bildungspolitische Sprecher.

Vom heutigen Montag an gehen Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge wieder in die Schulen. Nicht jedoch die der vierten Klassen - das hatte der Hessische



Verwaltungsgerichtshof am Freitag abgelehnt. „Diese juristische Schlappe zeigt, dass die Landesregierung schlampig gearbeitet hat“, sagt Promny und ergänzt: „In Bezug auf die nächsten Schritte zur Normalisierung des Schulbetriebs muss das besser werden. Dafür muss die Regierung jetzt einen klaren und juristisch sicheren Plan präsentieren.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de